



Die Rezession und der soziale Dialog im Bankensektor – eine europäische Perspektive

Zusammenfassung

Einleitung

Das weltweite Bankensystem steht im Mittelpunkt der schwersten Wirtschaftskrise seit mindestens 70 Jahren. Die Krise hat tief greifende Auswirkungen auf den Sektor, in dem sich bereits in den 30 Jahren davor beträchtliche Veränderungen vollzogen hatten. Der Strukturwandel in der Weltwirtschaft – ausgelöst durch Globalisierungsprozesse und die technische Entwicklung – hat das Bankensystem weltweit verändert. Neben diesen Entwicklungen auf internationaler Ebene musste sich das europäische Bankensystem zusätzlich den Herausforderungen des europäischen Integrationsprozesses und der Schaffung des europäischen Binnenmarktes stellen. Die Banken in Europa nahmen Strategieanpassungen vor, um auf dem größer gewordenen Markt bestehen zu können; es kam zu Zusammenschlüssen und Übernahmen in großem Stil, die Produktportfolios wurden diversifiziert und der technologische Wandel genutzt. Diese Weiterentwicklung im Bankensektor war indes in Europa mit widersprüchlichen Trends in der Beschäftigungsdynamik des Sektors verbunden. In den Jahren von 2004 bis 2008 war ein durchschnittliches Beschäftigungswachstum von 6,5 % zu verzeichnen. Während jedoch in einigen der neuen Mitgliedstaaten kräftige Beschäftigungszuwächse eintraten (vor allem in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Rumänien), bauten die Kreditinstitute in anderen Ländern Stellen ab; so gingen beispielweise im deutschen Bankgewerbe im selben Zeitraum über 26 000 Arbeitsplätze verloren. Die Folgen der Wirtschaftskrise haben sich seit 2008 unterschiedlich auf den Bankensektor der europäischen Länder ausgewirkt.

Politischer Kontext

Ungeachtet der unterschiedlichen Auswirkungen der Krise auf die einzelnen Länder zeigen die Regierungen der neun EU-Mitgliedstaaten, auf die sich die Untersuchungen dieses Berichts beziehen (Deutschland, Estland, Frankreich, Italien, Niederlande, Schweden, Spanien, Ungarn und Vereinigtes Königreich), recht ähnliche Reaktionen. Alle Regierungen bemühen sich darum, das Vertrauen von Verbrauchern und Investoren zu stärken und durch Garantiefonds oder die Bereitstellung günstiger Kredite für die Banken deren Liquidität zu sichern. In den besonders stark betroffenen Ländern, wie Ungarn und

dem Vereinigten Königreich, sowie bei einigen Banken in den Niederlanden spannten die Regierungen staatliche Rettungsschirme auf und übernahmen ganz oder teilweise die Kontrolle über gefährdete Banken.

Es ist davon auszugehen, dass sich die wichtigsten Trends in der strukturellen Entwicklung, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten herauskristallisiert haben, in den kommenden Jahren fortsetzen werden; dies gilt insbesondere für Fusionen und Übernahmen, die Umstrukturierungsprozesse in den Industrienationen und die Expansion der Märkte in Osteuropa. Nach Auffassung des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat jedoch nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers und der darauffolgenden Finanzkrise die in jüngster Zeit eingetretene Volatilität auf dem Markt für Staatsanleihen die Schwächen des europäischen Bankensektors deutlicher als bisher hervortreten lassen. Besonders im Euroraum ist durch die Tatsache, dass die Banken Staatsanleihen halten, eine enge Verbindung zwischen den vermeintlichen Länderrisiken und den Risiken des Finanzsektors entstanden, wodurch es für manche Institute schwierig wird, sich im Interbankengeschäft Geld zu leihen. Durch diese Faktoren wächst die Sorge vor einer Kreditklemme. Die Stresstests, die für die europäischen Banken durchgeführt wurden, liefern Anhaltspunkte für mögliche Interventionen. Nach Angaben des IWF und des Europäischen Bankenforums (EBF) muss als nächster Schritt zur Stärkung des Sektors die Umstrukturierung und Kapitalausstattung der betroffenen Banken vorangetrieben und neues Vertrauen in das System als Ganzes geschaffen werden.

Wichtigste Erkenntnisse

Was Rendite und Beschäftigung anbelangt, wurde der Bankensektor in Ungarn und dem Vereinigten Königreich offenkundig besonders stark von der Krise getroffen, während in der Mehrzahl der untersuchten Länder die Auswirkungen eher gemäßigt blieben. In Deutschland, Estland, Frankreich, den Niederlanden und Schweden traten – abhängig von den individuellen Besonderheiten der einzelnen Banken –

die Folgen der Krise in unterschiedlichem Maße zutage. In den genannten Ländern waren einzelne Banken von Gewinneinbußen, Einbußen bei der Portfolioqualität und Stellenstreichungen betroffen, während andere Institute weitgehend verschont blieben. In Schweden setzte ein deutlicher Wirtschaftsabschwung ein, der in eine Rezession mündete, hinzu kamen schwere Verluste in anderen Ländern, in denen schwedische Banken operierten. Die in den baltischen Ländern besonders aktiven Institute Swedbank und SEB hatten unter dem drastischen Wirtschaftsabschwung in diesen Ländern schwer zu leiden. In Italien und Spanien hingegen wirkte sich die Finanzkrise praktisch überhaupt nicht auf den Bankensektor aus.

Bei der Bewältigung von Schwierigkeiten, die durch die Krise im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgelöst wurden, erwies sich der Dialog auf Branchen- und Unternehmensebene als ein nützliches Instrument. Auf Veränderungen wurde im Wesentlichen in Tarifverhandlungen auf Branchen- und Unternehmensebene reagiert. Zu den wichtigsten Themenbereichen der Verhandlungen zählten Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung, die Folgen von Umstrukturierungsprozessen für die Beschäftigung und die Senkung der Lohnkosten. Die Managementstrategien zur Kostensenkung sahen vielfach Arbeitsverdichtung und Gehaltskürzungen vor. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass sich die traditionellen Merkmale des Sektors, wie ein hohes Gehaltsniveau und gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, gewandelt haben.

Tarifverhandlungen sind heute zwar schwieriger geworden, haben sich jedoch als wichtiger Faktor zur Eindämmung der sozialen Auswirkungen der Krise erwiesen. In einigen Fällen war es sogar möglich, im Rahmen der Verhandlungen Neuerungen einzuführen, wie sich bei der Untersuchung zu Deutschland gezeigt hat. Hier wurde – zumindest indirekt – in den Tarifverhandlungen die Notwendigkeit thematisiert, verschiedene Aspekte des Verkaufs von Produkten und der Kundenberatung zu regeln. Tarifverhandlungssysteme (wie sie in Frankreich, Italien, Spanien und Schweden und in gewissem Ausmaß auch in Deutschland und den Niederlanden existieren), bei denen eine Abstimmung zwischen sektoraler und dezentraler Ebene stattfindet, scheinen hier ein relativ wirkungsvolles Modell zu sein.

Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen

Generell hat die Krise die Qualität der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen nicht beeinträchtigt – Struktur und Instrumentarium der Arbeitsbeziehungen blieben im Wesentlichen unverändert. Der Dialog auf Branchen- und Unternehmensebene hat sich als ein hilfreiches Instrument zur Bewältigung der Schwierigkeiten erwiesen, die durch die Krise hervorgerufen wurden. Interessant erscheint die Beobachtung, dass in Ungarn und dem Vereinigten Königreich die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen auf der Unternehmensebene in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben.

Der zunehmende Wettbewerb unter den Gewerkschaften wirkt sich auch auf die verschiedenen nationalen Systeme aus. Vor allem die Gewerkschaften begegnen der Mittelknappheit und dem geringer gewordenen Spielraum mit unterschiedlichen Reaktionen. Eine Folge dieser Sachlage besteht darin, dass Tarifvereinbarungen nicht mehr von allen Branchengewerkschaften unterzeichnet werden, sondern zum Teil von Gewerkschaften, die lediglich eine Minderheit der Arbeitnehmer repräsentieren. Diese separaten Tarifabschlüsse sind ein Zeichen dafür, dass es an geeigneten Regelungen für die Bewertung der Repräsentativität der an den Tarifverhandlungen beteiligten Akteure fehlt.

Eine weitere auffallende Entwicklung bei den Arbeitsbeziehungen auf Unternehmensebene ist der Prozess der Zentralisierung. Dieser Entwicklung liegt das Ziel zugrunde, Zeit und Kosten zu sparen und dadurch eine Effizienzsteigerung zu bewirken. Diese Zielsetzung könnte allerdings zu den etablierten Formen von Gewerkschafts- und Wirtschaftsdemokratie im Widerspruch stehen. So klagen beispielsweise lokale Gewerkschaftsvertretungen, dass die Arbeitnehmervertreter in den Betrieben zunehmend von Unterrichts- und Anhörungsverfahren ausgeschlossen werden.

Die Arbeitsbeziehungen auf europäischer Ebene spielten offenbar bei der Bewältigung der Krisenfolgen weder auf Branchen- noch auf Unternehmensebene eine wesentliche Rolle. Zu den wichtigsten Herausforderungen der Zukunft auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen zählt die Notwendigkeit, Umstrukturierungsprozesse auf europäischer Ebene wirksamer zu regulieren. Da ein Ende der Umstrukturierungsprozesse, insbesondere bei den Großbanken, nicht absehbar ist, müssen die Prozesse zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer auf europäischer Ebene weiterentwickelt werden.

Die eigentliche Herausforderung wird allerdings darin bestehen, proaktive Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die dem Wandel vorausgreifen. Vor diesem Hintergrund könnten sich länderübergreifende Rahmenvereinbarungen als ein nützliches Instrument erweisen. Da die Großbanken ihre Personal- und Geschäftsstrategien international ausgerichtet haben, wäre es durchaus denkbar, dass eine wachsende Zahl von Unternehmen Interesse am Aufbau länderübergreifender Dialogstrukturen zeigt, die die Einführung internationaler Strategien, beispielsweise für die Bereiche Diversity Management, Kompetenzentwicklung und Leistungsbewertung, erleichtern.

Weitere Informationen

Der Bericht „*Recession and social dialogue in the banking sector: a European perspective*“ (Die Rezession und der soziale Dialog im Bankensektor – eine europäische Perspektive) ist abrufbar unter <http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef1161.htm>

Für nähere Informationen wenden Sie sich bitte an Carlos Vacas Soriano, Forschungsbeauftragter, cva@eurofound.europa.eu